
fdk

freie demokratische korrespondenz

Pressedienst der
Freien Demokratischen Partei
Reinhardtstr. 14
10117 Berlin

Tel: (0 30) 28 49 58 - 41 / - 43
Fax: (0 30) 28 49 58 - 42
e-mail: presse@fdp.de
Internet: www.fdp.de

Verantwortlich:
Martin Kothé
Sprecher der FDP
Tel: (030) 28 49 58 40

SPERRFRIST: REDEBEGINN!!!

REDE

von

DR. GUIDO WESTERWELLE, MdB
FDP-Bundesvorsitzender,

auf dem Dreikönigstreffen

am 06. Januar 2002 in Stuttgart

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum ersten Mal begrüße ich Sie heute als Vorsitzender der Freien Demokratischen Partei zu diesem traditionsreichen Treffen. Und zum letzten Mal begrüße ich Sie heute hier als Vorsitzender einer Oppositionspartei. Dieses Land braucht eine andere Regierung. Dieses Land will eine andere Regierung. Dieses Land wird eine andere Regierung bekommen. Die FDP wird nach dem 22.September dieses Land wieder regieren.

Die FDP hat sich seit 1998 programmatisch, strategisch und personell neu aufgestellt.

Der Liberalismus ist in allen Bevölkerungsschichten zu Hause. Wir sind keine Partei nur für eine bestimmte Altersschicht, Berufsgruppe und erst recht nicht nur für eine bestimmte Einkommensklasse. Unsere FDP wendet sich an alle im Volk, die mehr Freiheit wollen und bereit sind, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und die staatliche Bevormundung ablehnen. Liberale Politik ist gut für alle Menschen im Volk. Liberale Politik ist nicht nur gut für wenige, die es schon geschafft haben. Liberale Politik eröffnet allen Menschen in Deutschland neue Chancen.

Wir gehen eigenständig in die Bundestagswahl 2002. Unser Projekt 18 braucht keine Koalitionsaussage. Eine Partei für das

ganze Volk sucht die Koalition mit den Wählerinnen und Wählern.

Aber eine Regierungsbeteiligung ist für die FDP kein Selbstzweck. Unsere Freunde in Berlin haben unter Beweis gestellt, dass Prinzipientreue für die FDP über der Machtbeteiligung steht. Günter Rexrodt und unserer Berliner Freunde haben sich gegen eine Regierungsbeteiligung entschieden, weil Rot-Grün in Berlin die Steuern zu Lasten der Mieter und der kleinen Kneipenbesucher erhöhen wollte. Das geht nicht mit der FDP. Und auch für die Bundesebene gilt: Die FDP wird einen Koalitionsvertrag nur dann unterschreiben, wenn er einen klaren Schritt zu einem niedrigeren, einfacheren und gerechteren Steuersystem für ganz Deutschland enthält. Die Regierungsbeteiligung der FDP gibt es nicht zum Nulltarif.

Dass die Steuerpolitik in Deutschland korrigiert werden muss, damit es endlich einen Konjunkturimpuls gibt, ist unbestreitbar. Die Steuern in Deutschland müssen gesenkt und dürfen nicht, wie gerade wieder bei der Ökosteuer, der Tabaksteuer und der Versicherungssteuer, durchweg weiter erhöht werden.

Die Bundesregierung erklärt uns unablässig, für die schlechte wirtschaftliche Situation in Deutschland gäbe es weltwirtschaftliche Gründe. Wenn diese weltwirtschaftlichen Gründe zutreffen würden, dann dürfte das Wirtschaftswachstum

in den ebenso exportabhängigen Ländern Frankreich, Großbritannien oder Österreich keineswegs höher liegen als in Deutschland. Doch vergleichen wir einmal die Zahlen: In Großbritannien wächst die Wirtschaft um 2,3 Prozent, in Frankreich um 2,0 Prozent, in Österreich um 1,3 Prozent. In Deutschland im vergangenen Jahr aber nur um 0,7 Prozent.

Ursache für die schlechte wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist eben nicht die Globalisierung und die schrecklichen Terroranschläge vom 11. September. Ursächlich für die schlechte wirtschaftliche Entwicklung ist die verfehlte nationale Wirtschaftspolitik von Rot-Grün.

Die Abschaffung der 630,- DM-Jobs, die Ausweitung der funktionären Mitbestimmung auch noch auf kleine und kleinste Betriebe, das Gesetz gegen die Scheinselbständigkeit das Existenzgründungen verhindert, die ständige Erhöhung von Bürokratielasten und Steuern. Für diese verfehlte Wirtschaftspolitik trägt alleine diese Bundesregierung die Verantwortung.

Gerhard Schröder hat sich im eigenen Interesse von Oskar Lafontaine befreit. Aber der Bundeskanzler hat Deutschland nicht von Lafontaines falscher Wirtschaftspolitik befreit.

Die Leidtragenden dieser Wirtschaftspolitik sind die Arbeitslosen in Deutschland. Am 21. September 1998 hat Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem Spiegel-Interview wörtlich erklärt:

Zitat: „Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosenquote signifikant zu senken, dann haben wir es weder verdient wiedergewählt zu werden, noch werden wir wiedergewählt“.

Der Bundeskanzler wird Recht behalten: Rot-Grün ist ein historischer Irrtum.

Im Oktober 1998, also nach der Bundestagswahl, gab es in der Bundesrepublik Deutschland knapp 3,9 Millionen Menschen ohne Arbeit. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel hat vorgestern errechnet, dass die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im Dezember mit 4,015 Millionen die 4-Millionen-Grenze überschritten hat.

Es ist dieser Bundesregierung nicht nur nicht gelungen, die Arbeitslosigkeit wie versprochen signifikant zu senken. Diese Bundesregierung tut vielmehr alles, die Arbeitslosigkeit in Deutschland weiter zu steigern.

Da erscheint es mir doch sehr zynisch, wenn der Bundeskanzler mit der berühmten ruhigen Hand im

Handelsblatt am 31.12. verkündet, Zitat: „Wir werden im kommenden Jahr unsere Politik der Stetigkeit und Verlässlichkeit fortsetzen“. Das einzige stetige und verlässliche an der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist, dass die Zahl der Arbeitslosen wieder steigt und die Steuern in Deutschland weiter erhöht werden.

Diese Bundesregierung hat es eben nicht begriffen, dass Steuersenkungspolitik keine Haushaltslöcher reißt, sondern Haushaltsüberschüsse erzeugt. Unsere Nachbarländer wie die Niederlande oder Großbritannien haben unter Beweis gestellt, dass eine Politik, die den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr von ihrer hart erarbeiteten Leistung lässt, sehr schnell zu Steuermehreinnahmen führt. Aber man muss überhaupt nicht ins Ausland schauen, um dieses zu belegen.

Es gab auch in Deutschland eine Steuerreform in den 80er Jahren, die mit dem Namen unseres Ehrenvorsitzenden Otto Graf Lambsdorff verbunden ist. In den Jahren 1986, 1988 und 1990 wurden die Steuern in Deutschland gesenkt. Um 10,9 Milliarden, 13,7 Milliarden und 39 Milliarden. Glaubt man nun rot-grüner Argumentation, müsste der Bundeshaushalt in den Folgejahren erhebliche Mindereinnahmen verkraftet haben. Die Realität sah anders aus: Von 452 Milliarden 1986 über 468 Milliarden 1987, 488 Milliarden 1988 und 535 Milliarden 1989 stiegen die Einnahmen aus Steuern insgesamt auf 567

Milliarden DM. Im Klartext: Die Bürgerinnen und Bürger wurden um 39 Milliarden 1990 entlastet und trotzdem stiegen die Gesamteinnahmen aus Steuern.

Für Liberale ist das einfach zu begründen. Wer den Menschen Lust auf Leistung macht, in dem er ihnen von dem, was sie sich hart erarbeitet haben, mehr übrig lässt, der hat auch gesunde Staatsfinanzen. Wir Liberalen sind die Partei für die Fleißigen in diesem Land. Wir sind Arbeitnehmerpartei, weil wir den Menschen mehr Netto von ihrem Einkommen lassen wollen und weniger durch Steuern abziehen.

Das ist der richtige Weg für Wohlstand für alle, wie ihn Ludwig Erhard nach dem zweiten Weltkrieg in Deutschland eingeschlagen hat. Die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards hat den Wohlstand in Deutschland möglich gemacht. Doch das wachsende Potential zur Umverteilung hat den Apparat der Umverteilung in Deutschland potenziert. Diesen müssen wir zurückführen, indem wir die Soziale Marktwirtschaft erneuern.

Deutschland braucht keine neue Soziale Marktwirtschaft, Deutschland braucht die gute alte Soziale Marktwirtschaft. Wer wie Angela Merkel eine neue Soziale Marktwirtschaft in Deutschland fordert, erweckt bei den Menschen den Eindruck, die alte Soziale Marktwirtschaft habe versagt. Nicht die Soziale Marktwirtschaft hat versagt, sondern die bürokratische

Staatswirtschaft. Wir Liberalen sind die Erben Ludwig Erhards. Wir werden dafür sorgen, dass sich Deutschland auf die Tugenden der Soziale Marktwirtschaft besinnt.

Deutschland wird nur mit einer guten Bildung und Ausbildung zukunftsfähig sein. Die hohe Qualität der Ausbildung ist unser wichtigster, weil einziger, Rohstoff. Doch dieser Rohstoff geht zur Neige, weil er nicht gefördert wird, wie die Ergebnisse der PISA-Studie der OECD zeigen. Das Bildungsniveau unserer jungen Generation ist erschreckend: Deutschlands Schüler können gerade einmal mit den Schülern in Mexiko und Brasilien mithalten.

Eine der führenden Industrie-Nationen der Welt hat damit die Weichen für eine Zukunft auf das Abstellgleis gestellt. Unsere Kinder erhalten im deutschen Schulsystem nicht die Ausbildung, die sie im weltweiten Wettbewerb auf Spitzenplätze bringt. Dieser Trend zum Mittelmaß setzt sich an unseren Hochschulen fort. Wer es nach 13 langen Jahren endlich bis zum Abitur gebracht hat, der verbraucht noch einmal viel zu viel Zeit an der Hochschule. Das Durchschnittsalter der Hochschulabsolventen lag im Jahr 2001 bei 28,2 Jahren.

Wie viel Zeit man in Bildungseinrichtungen verbringt, ist aber entscheidend für die Zukunftschancen der jungen Generation. Denn in einem zunehmend globalisierten Arbeitsmarkt wird das

Abschlussalter zu einer entscheidenden Einstiegshürde für deutsche Jugendliche. In immer kürzeren Abständen wird Wissen für neue Technologien erforderlich. Denken lernen, nicht ständig nur Gedachtes pauken, ist notwendig.

Die Jugend will Leistung bringen, aber sie erwartet auch zu Recht Leistung von ihrer Schule, ihrer Hochschule oder ihrer Berufsbildungseinrichtung. Bessere Ausbildungschancen ist aber nicht nur ein Thema für die junge Generation, sondern auch ein Thema für die Eltern und Großeltern: Sie haben immer mehr Geld in Form von Steuern und Abgaben an den Staat zu zahlen, der ihren eigenen Kindern dafür aber ein immer schlechteres Bildungssystem zur Verfügung stellt.

In Deutschland liegt der Anteil der Bildungsausgaben bei 5,5 %. Der Durchschnitt der OECD-Länder liegt bei 5,7 %. Darüber hinaus wird an privaten Mitteln international fast neunmal so viel für Bildung aufgewendet wie in Deutschland. Spitze sind wir in Deutschland dagegen neben den langen Schul- und Studienzeiten beim Durchschnittsalter der Lehrer – 47 Jahre sind es inzwischen. Und Spitzenverdiener sind die deutschen Lehrer im internationalen Vergleich auch. Was wir brauchen, ist nicht nur eine enorme Verkürzung der Ausbildungszeit, sondern auch eine leistungsorientierte Besoldung der Auszubildenden – Anreize, die zum Lernen und Lehren motivieren.

Das deutsche Bildungssystem ist aber nicht nur zu langsam, es schafft nicht nur zu wenig Spitzenleistung, es führt auch nicht zu einer gerechten Verteilung sozialer Chancen. Im Gegenteil. Es wird mehr und mehr zum sozialen Numerus Clausus der Bildungspolitik. Wer es sich leisten kann, schickt seine Kinder eine zeitlang auf ausländische Universitäten. Die anderen müssen sich in Deutschland zum Teil mit schlechter Qualität, in jedem Fall aber mit den längeren Ausbildungszeiten zufrieden geben.

Das Fehlen von Spitzenleistungen in der Bildung führt schließlich dazu, dass die Voraussetzungen für die Leistungen der Volkswirtschaft nicht gegeben sind. Bildung und Ausbildung wird immer mehr zum entscheidenden Faktor für den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt, aber auch für den Erfolg einer Volkswirtschaft insgesamt. Ein Bildungssystem, das die notwendigen Voraussetzungen für Spitzenleistungen nicht bietet, wird zum sozialen Problem.

Unser Bildungssystem braucht mehr Autonomie der Teilnehmer am Bildungsmarkt. So hat die PISA-Studie u.a. auch erwiesen, dass Schulsysteme besonders leistungsstark sind, in denen Schulen selbst über Teile ihrer Arbeit entscheiden können. In Deutschland hingegen verteilt nach wie vor die Kultusbürokratie Lebenschancen in der Form eines bürokratischen Apparatschiks.

Auch im Hochschulbereich ist die Autonomie der Bildungsträger völlig unzureichend. Paradebeispiel für die Entmündigung der Hochschulen und Hochschüler ist die zentrale Vergabestelle von Studienplätzen. In Form eines volkseigenen Betriebs für die Planerfüllung der Studentenquoten führt diese eine regelmäßige Studentenlandverschickung in Deutschland durch. Studierende müssen die Möglichkeit erhalten, sich ihre Hochschule auszusuchen und die Universitäten die Möglichkeit, die Studierenden auszuwählen. Das wird den Wettbewerb zwischen den Universitäten fördern und diese dazu anhalten, schärfere eigene Profile zu entwickeln. Es ist deshalb richtig, dass Baden-Württemberg den Staatsvertrag zur ZVS kündigen wird.

Deutschlands Bildungspolitik hat den Wettbewerbsgeist, die Leistungsbereitschaft zerstört. Diese müssen wieder Einzug halten und so die Qualität im Bildungsbereich erhöhen – durch die Möglichkeit, Kinder bereits mit 5 Jahren einschulen zu können, durch die Einführung des Abiturs nach 12 Jahren, durch die Privatisierung von Universitäten, durch die Einführung von Bildungsgutscheinen, eben durch eine liberale Bildungspolitik.

Wir werden in der nächsten Bundesregierung die personelle und programmatische Verantwortung für die Bildungspolitik in Deutschland anstreben.

Am deutschen Bildungssystem wird deutlich, was Deutschland unter Rot-Grün fehlt. Geistige und persönliche Mobilität. Diese Bundesregierung akzeptiert den Dauerstau im deutschen Bildungssystem, diese Bundesregierung reagiert tatenlos auf den Dauerstau auf den Fluren der Arbeitsämter, diese Bundesregierung lässt selbst den Dauerstau auf Deutschlands Verkehrswegen zum Dauerproblem werden.

Für die FDP gehören geistige und persönliche Mobilität eng zusammen. In der Informationsgesellschaft, in der Dienstleistungsgesellschaft, in der globalisierten Wirtschaft ist Mobilität Bürgerrecht. Die unnötige Benachteiligung für das Auto durch die ständige Erhöhung der Ökosteuer, die unsäglichen Belastungen für Berufspendler, Rentner und Studenten, Arbeitslose und nichtberufstätige Elternteile durch diese Steuer ist ein Zeichen für die Behinderung von Mobilität durch Rot-Grün. Für die Verkehrspolitik war Rot-Grün eine Zeit des Stillstands. In Deutschland wird aus ideologischen Gründen von den Grünen der Transrapid verhindert. Jetzt wird er mit deutschen Steuersubventionen in Shanghai gebaut. Die FDP will ökologische und ökonomische Spitzenprodukte

einheimischer Ingenieure nicht nur in China sondern auch in Deutschland sehen.

Von 100 Mrd. DM, die der Staat aus der Mineralölsteuer, der LKW-Maut und der KfZ-Steuer im Jahr einnimmt, gehen gerade Mal 40 Mrd. DM in die Verkehrsinfrastruktur. Und auch der öffentliche Schienenverkehr wird nur leistungsfähiger wenn er sich im Wettbewerb um seine Kunden bemühen muss. Im Telekommunikationsbereich, auf dem Energiemarkt, haben wir die segensreichen Wirkungen von mehr Markt und mehr Wettbewerb kennen gelernt. Wir haben heute ein besseres und günstigeres Angebot für alle Menschen. Wettbewerb belebt das Geschäft. Das gilt für die Bahn und das gilt auch für den notwendigen Neubau im Verkehrsinfrastrukturbereich. Es spricht nichts dagegen, auch Private beim Betrieb, bei der Unterhaltung und beim Bau der Bundesfernstraßen mit einzubeziehen.

Die Reformaufgabe des Jahrhunderts ist: Privat kommt vor dem Staat. Soziale Marktwirtschaft ist besser als bürokratische Staatswirtschaft. Denn mit einer Staatsquote von mehr als 50 % ist der real existierende Wohlfahrtsstaat eher eine ungeplante Planwirtschaft.

Wir Liberalen wollen den Staat auf seine Kernaufgaben zurückführen. Deshalb wird uns gerne der Vorwurf gemacht, wir

wären für einen schwachen Staat. Doch genau umgekehrt wird ein Schuh draus: Nur der Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, kann ein starker Staat sein. Ein Staat, der Ergebnisgleichheit am Ziel herbeiführen will, wird ein schwacher Staat sein. Ein Staat aber, der die Chancengleichheit am Start, die innere Sicherheit und die äußere Sicherheit garantiert, der sich auf diese Kernaufgaben konzentriert, wird ein starker Staat.

Für die FDP sind Bürgerrechte nicht nur Abwehrrechte, sondern auch Schutzrechte. Freiheit ist ohne Sicherheit nicht zu verwirklichen. Während ihrer Regierungszeit hat die FDP in über 50 Gesetzen die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass besser gegen Geldwäsche, organisierte Kriminalität, Korruption und Rauschgifthandel vorgegangen werden konnte. Deshalb brauchen wir nicht vorrangig neue Gesetze, sondern eine Beseitigung des Vollzugsdefizits. Ich kann dies deshalb hier in Stuttgart so deutlich ansprechen, weil ich weiß, dass die Landesregierung in Baden-Württemberg unter Beteiligung der FDP seit vielen Jahren die zweitniedrigste Kriminalitätsbelastung aller Länder und die zweitbeste Aufklärungsrate im Bundesvergleich hat. Und Hessen und Rheinland-Pfalz folgen auf den Plätzen 3 und 4. Während in anderen Ländern Personal im Verfassungsschutz oder bei der Polizei oder der Justiz abgebaut wurde, sorgen liberale Justizminister für Sicherheit.

Im bisher von Rot-Grün und jetzt von Rot-Rot regierten Berlin aber hingegen werden zum Beispiel 2000 DNA-Analysen nicht bearbeitet, 60 richterlich angeordnete Telefonüberwachungen nicht durchgeführt. Solange Rot-Grün dort, wo es in den Ländern die Verantwortung trägt, dass Vollzugsdefizit nicht beseitigen kann, solange bleibt der Einsatz des Bundesinnenministers für eine verbesserte innere Sicherheit wenig glaubwürdig.

Da hilft es aber auch nicht, wenn einzelne Vertreter der CDU/CSU der Auffassung sind, die Bundeswehr möge zur innenpolitischen Gefahrenabwehr herangezogen werden. Die Bundeswehr ist unter Rot-Grün finanziell und technologisch ausgeblutet. Sie braucht dringend mehr Mittel, um angemessen personell und technisch ausgestattet die zusätzlichen Aufgaben in der Welt wahrnehmen zu können.

Wer einen Staat will, der sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren kann, der muss auch das Sozialstaatsverständnis in Deutschland verändern. Die liberale Idee ist nicht nur für die Menschen auf der Sonnenseite der Gesellschaft, sondern genauso für diejenigen, die bedürftig sind und im Leben keine fairen Chancen hatten. Liberale Sozialpolitik ist modern und herzlich zugleich. Gerade deshalb wollen wir die Treffsicherheit unseres Sozialstaates für die wirklich Bedürftigen wieder

herstellen. Der Sozialstaat, wie wir ihn verstehen, ist für die Bedürftigen da, nicht für die Findigen. Das Prinzip, keine Leistung ohne die Bereitschaft zur Gegenleistung ist nicht Kälte, sondern soziale Verantwortung. Denn es sind die wirklich Bedürftigen, die unter den Streuverlusten des Sozialstaats am meisten leiden. Wir setzen uns für die Schwachen ein, nicht für die Findigen.

Dazu gehört auch, dass der, der arbeitet, mehr haben muss als der, der nicht arbeitet. Wenn es besser ist, zu Hause zu bleiben, als für ein niedrigeres Entgelt zu arbeiten, dann lässt sich weder die Arbeitslosigkeit in Deutschland reduzieren noch der Sozialstaat finanzieren. Es ist ein Auftrag an die Politik, durch Steuer- und Abgabensenkung die Arbeitslosigkeit im Niedriglohnbereich zu bekämpfen.

Zu einem veränderten Sozialstaatsverständnis gehört aber auch eine veränderte Gesundheitspolitik. Das Gesundheitswesen in Deutschland macht die Menschen krank vor Ärger. Immer höhere Beiträge, immer weniger Leistung. Und das einzige was Ulla Schmidt, der Bundesgesundheitsministerin, dazu einfällt, ist eine Beschränkung der Zugangsmöglichkeiten zu den privaten Krankenversicherungen und eine Beitragserhebung auf die Vermögenseinkünfte der Rentner. Wir brauchen in der Gesundheitspolitik endlich den Mut zu grundsätzlichen

Reformen. Und wir brauchen auch die Bereitschaft, in der Biotechnologie neue Chancen der Krankheitsbekämpfung zu diskutieren. Für Liberale gilt auch bei der Gentechnologie: Bei neuen Herausforderungen wissenschaftlicher Art dürfen nicht als erstes die Risiken sondern müssen zuerst die Chancen diskutiert werden.

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir auf das vergangene Jahr 2001 zurückschauen, blicken wir auf ein Jahr mit großen Erfolgen für die FDP.

Bei der Mitgliederentwicklung, bei den Landtags- und Kommunalwahlen wie auch in den Meinungsumfragen hat die FDP zugelegt. Der neue Kurs ist bestätigt worden.

2001 sind insgesamt 5.579 neue Mitglieder in die FDP eingetreten. Diese Zahl ist seit der Gründung der FDP nur einmal, nämlich 1990 im Zuge der deutschen Einheit, übertroffen worden. Damit ist die FDP die einzige Partei, die für 2001 einen realen Mitgliederzuwachs verzeichnen kann. Und von den neu eingetretenen Mitgliedern waren 46 % jünger als 35 Jahre.

Auch die Ergebnisse bei den Landtagswahlen bestätigen unseren Erfolgskurs. Zunächst eroberte die FDP in Baden-Württemberg am 25. März 2001 mit 8,1 % den dritten Platz

zurück und hat ihn in Rheinland-Pfalz verteidigt. In Hamburg gelang nach achtjähriger außerparlamentarischer Oppositionsarbeit der Wiedereinzug in die Bürgerschaft. Den Hamburgern gelang damit die vierte liberale Regierungsbeteiligung auf Landesebene neben Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz. In Berlin schaffte die FDP bei den vorgezogenen Neuwahlen am 21. Oktober 2001 mit 9,9 % nicht nur den Wiedereinzug in das Abgeordnetenhaus, sondern ein fast fünfmal so gutes Ergebnis wie 1999 und das beste Wahlergebnis seit 1954.

Die Erfolgsstory macht jedoch nicht auf Landesebene halt, sondern setzt sich auch auf kommunaler Ebene fort.

Bei den Oberbürgermeisterwahlen in Pforzheim erzielte Christel Augenstein für die FDP 53 %.

In Sachsen stellt die FDP mit 33 Bürgermeistern mehr Bürgermeister als die SPD und die PDS; in Sachsen-Anhalt gibt es seitdem 46 liberale Bürgermeister. In der sächsischen Landeshauptstadt Dresden wurde der FDP-Kandidat Ingolf Roßberg zum Oberbürgermeister gewählt.

In Niedersachsen holte die FDP am 9. September 2001 mit landesweit 6,2 % ihr bestes Kommunalwahlergebnis seit 1981.

Und in Brandenburg errang die FDP bei den Bürgermeisterwahlen im November 2001 hinter der SPD den zweiten Platz.

Alles Erfolge unserer Eigenständigkeitsstrategie.

Wir werden als FDP im Jahr 2002 unsere Unabhängigkeits- und Eigenständigkeitsstrategie fortsetzen. Sie heißt unverändert Strategie 18. Unser Ziel bei der Bundestagswahl heißt 18%, nicht als Selbstzweck, sondern damit wir für eine bessere Politik in Deutschland Regierungsverantwortung übernehmen. Wir wollen raus aus der Opposition, wir wollen hinein in die Regierung.

Wir sind davon überzeugt, dass die liberalen Ziele unserem Land besser tun, als das, was wir von Rot-Grün in den letzten Jahren erlebt haben. Ob Rot-Gelb oder Schwarz-Gelb. Beides ist für Deutschland besser als Rot-Grün.

Wir werden 14 Tage vor der Bundestagswahl einen eigenen Bundesparteitag durchführen. Auf diesem Bundesparteitag werden wir die Prüfsteine beschließen, unter denen wir keinen Koalitionsvertrag abschließen werden. Wer mit uns bereit ist, diese Kernpunkte in praktische Politik umzusetzen, mit dem sind wir bereit, in Koalitionsgespräche einzutreten. Deswegen muss die FDP auch wirklich stark werden, deswegen ist auch

das Ziel 18% nicht nur strategisch richtig, es ist auch realistisch. Da wir in den letzten Meinungsumfragen zur Zeit bis zu 12% geschätzt werden, Allensbach zuletzt bei 11,5%, wäre es falsch, sich ein weniger ehrgeiziges Ziel zu setzen. Wer eine stabile Regierung aus zwei Parteien in Deutschland haben möchte, muss die FDP möglichst stark machen.

Wir wollen eben keine zerfaserte Parteienlandschaft mit unübersichtlichen Mehrheitsverhältnissen, sondern wir wollen klare Verhältnisse und eine Koalitionsregierung aus einer der beiden noch größeren Parteien und den Freien Demokraten. Das strategische Ziel der Freien Demokraten lautet also, mit 18% so stark zu werden, dass wir mit einer der beiden großen Parteien eine Regierung bilden können. Dieses Ziel ist zum Greifen nahe, das zeigen die Meinungsumfragen, das zeigt die Erfolgsstory der FDP im letzten Jahr. Das wollen wir fortsetzen.

Und noch etwas ist ganz klar. Die FDP steht für eine Ampel nicht zur Verfügung. Auch das ist aus meiner Sicht eine wichtige und nicht zu unterschätzende strategische Aussage zu Beginn dieses Jahres. Wir wollen klare Verhältnisse. Die Grünen haben sich überlebt. Sie haben unserem Land nicht gut getan. Und deswegen werden wir das Leben der Grünen nicht über Ampelkoalitionen künstlich verlängern. Die Grünen müssen raus aus der Regierung, sie schaden dem Land.

Wir nehmen allerdings mit Sorge zur Kenntnis, dass die Sozialdemokraten massiv an einer rot-roten Option arbeiten. Ich denke, nach diesen Berliner Koalitionsgesprächen kann jedermann erkennen, hier soll die Probe aufs Exempel gemacht werden. Berlin, das ist Experimentierfeld für die SPD im Bund. In Berlin will die SPD die PDS auch bundesweit hof- und bündnisfähig für sich selber machen. Die PDS soll eine ernsthafte Option für die Sozialdemokraten werden, das gilt es zu verhindern. Und deswegen werden wir als FDP massiv gegen jede rot-rote oder rot-rot-grüne Koalition eintreten. Die PDS darf auf Bundesebene keine Verantwortung übernehmen, nicht direkt und nicht indirekt.

Wer das verhindern will, wer eine stabile Regierung will, wer möchte, dass ab September der politische Kompromiss weiter zur Mitte gemacht wird, den bitte ich um Unterstützung für die FDP.